



30.01.2014 | Nr. 51/14

Johannes Callsen: Die Landesregierung muss mehr für den Pflegenachwuchs und die Akzeptanz der Pflege tun

Nach einem Besuch beim Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes in Kiel hat CDU-Landtagsfraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen die Landesregierung heute (30. Januar 2014) erneut aufgefordert, mehr für den Pflegenachwuchs zu tun:

„Der Personalmangel in der Pflege ist da, und er wird steigen. Das ist kein Wunder, wenn Auszubildende in der Pflege immer noch ihre Ausbildung selbst finanzieren müssen“, erklärte Callsen in Kiel. Ein Antrag der CDU-Fraktion zur weiteren Aufstockung der Mittel für die Übernahme der Schulkosten durch das Land sei leider von SPD, Grünen und SSW im Landtag abgelehnt worden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende würdigte in diesem Zusammenhang die Praxis des Deutschen Roten Kreuzes in Schleswig-Holstein, von den Schülerinnen und Schülern an den Altenpflegeschulen kein Schulgeld zu verlangen.

„Das ist ein wichtiger und leider aufgrund der Politik der Landesregierung immer noch notwendiger Beitrag des DRK-Landesverbandes“, so Callsen.

Allein die Übernahme der Kosten der Ausbildung werde die notwendige Akzeptanzsteigerung für den Pflegeberuf jedoch nicht erreichen. Notwendig seien darüber hinaus eine deutliche Entbürokratisierung und eine grundlegende Änderung der Pflegeausbildung.

„Die Pflege des einzelnen Menschen muss im Mittelpunkt stehen und nicht das Füllen von Aktenordnern“, so Callsen.

Im Rahmen der Ausbildung fordere die CDU-Fraktion die Einführung eines dualen Pflegestudiums, um die Attraktivität des Berufes zu steigern. „Mit einer besseren Ausbildung muss dann natürlich auch ein dem Aufwand und der Verantwortung des Berufes angemessenes Gehalt verbunden sein“, betonte Callsen. Darüber hinaus spreche die Union sich für eine bessere Anerkennung von Berufsjahren ungelerner Kräfte, sowie die einfachere Anerkennung berufsnaher Ausbildungsberufe im Rahmen einer Umschulung aus. Auch fordere die Union eine Neuordnung der Pflegeausbildung, in einen allgemeinen Teil und eine anschließende Schwerpunktsetzung in den unterschiedlichen Bereichen.

„In der Pflege gibt es noch viel zu tun. Ohne Frage ist in vielen Bereichen der Bund gefordert. Das allerdings darf nicht länger die Ausrede für die SPD-geführte Landesregierung sein, in Schleswig-Holstein nichts zu tun“, so Callsen.